

05.07.2019

## Kleine Anfrage 2707

des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD

### **Fordert die Landesregierung den Ausschluss von Ungarn und Polen aus der EU?**

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales wird in der Ausgabe der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) vom 28. Juni 2019 anlässlich der Übergabe des Vorsitzes in der Europaministerkonferenz folgendermaßen zitiert:

„NRW-Europaminister Stephan Holthoff-Pförtner hat deutliche Worte an Polen und Ungarn gerichtet: Länder, die Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit nicht akzeptieren, können nicht dauerhaft in der EU bleiben(...).“

Da der Minister Miteigentümer der Zeitung ist, dürften am Wahrheitsgehalt der Berichterstattung keine Zweifel bestehen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Betrifft dies neben Ungarn und Polen noch weitere EU-Mitgliedstaaten?
2. Welche Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit wirft der Minister Polen und Ungarn bzw. weiteren EU-Mitgliedstaaten im Einzelnen vor?
3. Welchen Zeitrahmen stellt sich der Minister vor, wenn er von „nicht dauerhaft“ spricht?
4. Vertritt der Minister hier eine Einzelmeinung oder spricht er für die gesamte Landesregierung?
5. Wie lassen sich diese – offenbar sehr hohen – Ansprüche an Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit mit dem immer noch laufenden Aufnahmeverfahren mit der Türkei in Einklang bringen?

Sven W. Tritschler

Datum des Originals: 28.06.2019/Ausgegeben: 05.07.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)